



UNLENKBARE ZIVILGESELLSCHAFT? TSCHETSCHENIEN UND ASLAN MASCHADOV

■ Von den Herausgebern	
Osterpause	2
■ Analyse	
NGOs in Russland. Jens Siegert, Moskau	2
■ Grafiken zum Text	
Unbekannt und unverstanden - die Putinsche "Gesellschaftskammer"	7
■ Dokumentation	
MEMORIAL: Erklärung zur geplanten „Gesellschaftskammer der Russischen Föderation“	8
Neonazistische Szene in Petersburg - gewaltsame Übergriffe auf Nichtregierungsorganisation MEMORIAL	10
■ Aktuell	
Aslan Maschadow (1951–2005). Hans-Henning Schröder, Bremen	11
■ Umfrage	
Maschadow und die Lage in Tschetschenien	13
■ Statistik	
Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Jahres 2004	16
■ Chronik	
Vom 3. bis zum 10. März 2005	17

Von den Herausgebern

Osterpause

Die „Russlandanalysen“ machen über Ostern eine dreiwöchige Pause. Die nächste Ausgabe – Russlandanalyse 60 – erscheint am 7. April 2005. Für die Nummern nach Ostern planen wir Beiträge zu Energiefragen im Kaspischen Raum, zum Umweltschutz und zum politischen Wandel im Gefolge der Neuordnung der Gouverneurswahlen.

Ein nach Themen und Autoren aufgeschlüsseltes Verzeichnis der bisher erschienenen neunundfünfzig Analysen finden Sie auf unserer Website www.russlandanalysen.de

Jetzt wünschen wir unseren Lesern aber zunächst ein frohes Osterfest und eine erholsame Zeit.

Matthias Neumann, Heiko Pleines und Henning Schröder

Analyse

NGOs in Russland

Jens Siegert, Moskau

Zusammenfassung

In Russland existiert eine Zivilgesellschaft, wenn auch – verglichen mit anderen Ländern – auf niedrigem Niveau. Ihre Träger, die Nichtregierungsorganisationen, sind finanziell weitgehend von ausländischer Unterstützung abhängig. Indes versucht die russische Führung fortgesetzt, zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu regulieren. Ohne Frage sind die Handlungsspielräume für NGOs in den vergangenen Jahren kleiner geworden. Direkte Repression hat es bisher nur in Einzelfällen gegeben und kann in den meisten Fällen auf konkrete Interessen einzelner Akteure zurückgeführt werden. Weit empfindlicher und direkter reagiert der Kreml, wenn sich einzelne NGOs auf tabuisierte Politikfelder begeben. Es gibt also bisher keine systematische Behinderung der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, wohl aber bemüht sich der Staat, rechtliche und politische Instrumentarien zu schaffen, um die Tätigkeit von NGOs jenseits direkter Repression kontrollieren und lenken zu können.

NGOs in der gelenkten Demokratie

Die russische Zivilgesellschaft – das hat Elke Fein in den Russlandanalysen Nr. 35 zutreffend festgestellt – existiert und entwickelt sich, wenn auch auf im internationalen Vergleich niedrigen Niveau. Ihre Träger, die Nichtregierungsorganisationen oder „NGOs“, sind weitgehend von finanzieller Unterstützung aus dem Ausland abhängig. Von staatlicher Seite wird ständig versucht, ihre Tätigkeit zu regulieren, zu lenken und, in Einzelfällen, auch gezielt zu stören. Im folgenden soll versucht werden, das durchaus ambivalente Verhältnis Staat-NGO in einen mittelfristigen Entwicklungszusammenhang zu stellen, und den Fragen nachzugehen, wie NGOs sich in das Putinsche System der „Gelenkten Demokratie“ einfügen, und inwiefern die Behinderungen von NGOs systemischen oder gar systematischen Charakter haben.

Von Beginn der Präsidentschaft Putin an waren die Beziehungen zwischen den Nichtregierungsorganisationen, die nicht als Vertreter korporativer Interessen (so wie z.B. Gewerkschaften oder Invalidenverbände) auf-

traten und sich meist relativ leicht in das System der Gelenkten Demokratie einfügen ließen, gespannt.

Schon allein wegen des Tschetschenienkriegs standen Menschenrechtsgruppen wie Memorial, die Moskauer Helsinki Gruppe oder die Soldatenmütter dem neuen Präsidenten von Beginn an skeptisch bis kritisch gegenüber standen und hatten umgekehrt auch wenig Zuneigung aus dem Kreml zu erwarten. Die von Beginn des Krieges an restriktive, bis an den Rand der Zensur gehende Medienpolitik des Kremls und das Vorgehen gegen den Fernsehsender NTV erklären die Besorgnis von NGOs wie der Stiftung zur Verteidigung von Glasnost, die im Bereich Meinungsfreiheit, freie Medien engagiert sind. Umweltschutzgruppen wiederum kritisieren die industriefreundliche Politik Putins und den fortgesetzten Abbau ökologischer Schutzrechte.

Allerdings finden sie sich im Gegensatz zur Jelzin-Zeit in der Putin-Ära in regionalen und überregionalen NGO-Koalitionen zusammen. Die größtenteils aus Vertretern großer moskaubasierter NGOs bestehende „Narodnaja Assambleja“ (etwa: „Volksversammlung“),

in der Memorial, der Moskauer Helsinki Gruppe, der Stiftung zur Verteidigung von Glasnost oder der Sozialökologischen Union vertreten sind, ist der bekannteste dieser Zusammenschlüsse, vor allem, weil er stellvertretend für viele in den vergangenen vier Jahren eine bevorzugte Verhandlungspartnerin der Präsidentenadministration war.

Das „Bürgerforum“ im Herbst 2001

Von Seiten des Kremls war der erste praktische Versuch, die NGOs zu formieren, die Initiierung einer großen Bürgerversammlung im Kreml („Grashdanskij Sjesd“), die anfangs unter Ausschluss von – aus Kremlsicht – „unkonstruktiven“ NGO geplant war. Memorial zum Beispiel gehörte in diese Kategorie, die Moskau Helsinki Gruppe dagegen, deren Tätigkeit sich im Bereich Menschenrechte kaum von der Memorials unterscheidet, sollte einbezogen werden. Bei dieser Zuordnung dürften taktische Erwägungen eine größere Rolle gespielt haben als eine systematische Einordnung. Es ist hier nicht ausreichend Platz, noch einmal im Einzelnen nachzuvollziehen, warum dieser Formierungsversuch fehlschlug. Doch dürften letztendlich vor allem Interessengegensätzen in Präsidentenadministration und Regierung dazu geführt haben, dass auch vorher als „unkonstruktiv“ gescholtenen NGOs einbezogen wurden. Voraussetzung dafür war aber, dass sich die NGOs der „Narodnaja Assambleja“ nicht auseinanderdividieren ließen und auf der gemeinsamen Vertretung gemeinsamer Interessen dem Staat gegenüber bestanden.

Steuergesetze

Zur Konsolidierung der NGO-Koalition hatten seit Mitte 2000 insbesondere Verhandlungen mit der Regierung über die anstehende Steuerreform beigetragen. Sie berücksichtigte in der von der Regierung ins Parlament eingebrachten Form nicht die Interessen von NGOs. Die bis dahin herrschende Unterscheidung von „kommerziellen“ und „nicht-kommerziellen“ Organisationen bei der Besteuerung von Einnahmen wurde aufgehoben. Damit mussten künftig praktisch alle Einnahmen von NGOs, egal aus welcher Quelle und zu welchen Zwecken versteuert werden. Die NGOs standen vor dem Problem künftig Steuern auch auf Zuwendungen von ausländischen Geberorganisationen zahlen zu sollen. Das ist besonders problematisch, weil vor allem NGOs, deren Funktion die Kontrolle staatlichen Handelns einschließt und bei denen damit Konflikte mit staatlichen Stellen unausweichlich sind, bis heute weitgehend auf ausländische Finanzierung angewiesen sind. Eine vorsichtige Entwicklung hin zu inländischen Finanzierungsquellen am Ende der Präsidentschaft Jelzins und zu Beginn des neuen Jahrtausends

sind spätestens mit der Verhaftung von Michail Chodorkowskij im Herbst 2003 und der Zerschlagung des Jukos-Konzerns zu einem jähen Ende gekommen. Die Verhandlungen zwischen Finanzministerium und der „Narodnaja Assambleja“ gehen zwar bis heute weiter, aber bisher ohne grundsätzlichen Kompromiss. Der neue Steuerkodex trat nichtsdestotrotz Anfang 2002 in Kraft. Zwar haben die NGOs eine ganze Reihe juristisch mehr oder weniger überzeugender Auswege aus diesem Dilemma gefunden, eine mögliche Steuerschuld hängt aber seither wie ein Damoklesschwert über vielen von ihnen. Das Vorgehen gegen Jukos und Chodorkowskij zeigt den NGOs zudem, wie der Staat die Steuerbehörden zu einem politischen Instrument macht, auch wenn bisher kein Verfahren gegen eine NGO bekannt ist, wenn man von den Untersuchungen gegen die Chodorkowskij-Stiftung „Offenes Russland“ und eine vorerst im üblichen Rahmen befindliche Steuerprüfung bei den Soldatenmüttern absieht.

Staat gegen NGOs

Allerdings gingen in den vergangenen Jahren föderale oder regionale Behörden in einer Reihe von Fällen gegen missliebige NGOs vor. Gewiss sind alle Übergriffe auf NGOs ernst zu nehmen. Aber bis heute ist nicht zu erkennen, dass es sich dabei um ein systematisches, von Moskau aus angeordnetes oder gar gesteuertes Vorgehen handelt. Ich möchte drei Beispiele nennen: 1. die Durchsuchung des Büros und zeitweise Beschlagnahme fast aller Computer der Ökologischen Baikalwelle in Irkutsk durch den Inlandsgeheimdienst FSB Ende 2002, 2. die versuchte Schließung der Menschenrechtsorganisation Jushnaja Wolna durch die Gebietsverwaltung in Krasnodar 2002 und 2003 und 3. die beiden Überfälle auf den Vorsitzenden von Memorial St. Petersburg Wladimir Schnittke im Sommer 2003 und noch einmal im Herbst 2004.

Das Vorgehen des FSB gegen die Baikalwelle wurde, Ironie des Schicksals, mit großer Wahrscheinlichkeit von der regionalen Verwaltung des Jukos-Konzerns initiiert. Die Baikalwelle hatte eine Kampagne gegen eine von Jukos geplante Ölpipeline von Angarsk ins chinesische Dazin gestartet.

Im Gebiet Krasnodar ging der Gouverneur Tkatsch gegen eine ganze Reihe von NGOs vor. Gemeinsam war fast allen, dass sie sich gegen die Vertreibung der Anfang der 90er Jahre aus Georgien zugewanderten Turko-Mescheten durch die Gebietsverwaltung gewandt hatten. Im Fall der Jushnaja Wolna ist zudem nicht ausgeschlossen, dass es auch um die Kontrolle über das Gebäude ging, in dem die Organisation ihr Büro hatte.

Weniger klar sind die Hintergründe der Überfälle auf Wladimir Schnittke von Memorial St. Petersburg. Schnittke selbst vermutet, dass sie mit der entschiedenen Arbeit von Memorial gegen die starken neonazistischen Tendenzen in der Stadt zu tun haben. Auch hier ist zumindest ein Angehöriger der regionalen FSB-Verwaltung in die Angelegenheit verwickelt (siehe Seite 10). Es ist aber nicht ungewöhnlich, dass sich kriminelle Strukturen, aber auch einzelne Unternehmen, FSB-Angehöriger bedienen, um ihre Ziele zu erreichen. Das muss nicht auf offizielles Handeln hinweisen.

Kaum Dialog nach dem Bürger-Forum

Der Burgfrieden zwischen Staat und NGO nach dem Bürgerforum im Herbst 2001 hielt nicht lange. Genauer gesagt: nicht auf allen Ebenen. Während es regional und sektoral durchaus gelang, mit den Behörden dauerhafte Arbeitsbeziehungen zu entwickeln (so zum Beispiel in den Bereichen Bildung, Zivildienst, teilweise Flüchtlinge) bleiben die Beziehungen zwischen NGO und Kremlapparat vom politischen Tagesgeschehen, sowie von taktischen und strategischen Überlegungen des Kremls bestimmt. Seit 2002 versuchten hochgestellte Mitarbeiter der Präsidentenadministration, die sich darum bemühten, ein aus ihrer Sicht konsolidiertes Parteiensystem zu entwickeln, eine Reihe von NGO dazu zu bewegen, eine politische Partei zu gründen. Nach deren Weigerung erlahmte das Interesse des Kremls zunächst.

Drei Ereignisse im Spätherbst 2003 führten dann zu einer Wiederbelebung der Anstrengungen – die Verhaftung Michail Chodorkowskij, die „Rosenrevolution“ in Georgien und die Niederlage der liberalen Parteien bei den Dumawahlen im Dezember. Die Verhaftung Chodorkowskij beendete die kurze Hoffnung auf langfristige und nachhaltige Finanzierungsmöglichkeiten für NGO innerhalb Russlands. Bereits im Sommer 2003 – nach der Verhaftung des Jukos-Aktionärs Platon Lebedew, das das Vorgehen gegen den Konzern einleitete – hatten führende NGO-VertreterInnen gemeinsam mit den Vorsitzenden der drei wichtigsten Unternehmer- und Industrieverbände zudem einen offenen Brief an Präsident Putin geschrieben, in dem sie Gespräche zu einem „neuen Gesellschaftsvertrag“ anboten. Der offene Brief blieb ohne Antwort. Die Verhaftung von Michail Chodorkowskij im Herbst 2003, der am Vortag auf einer von Kreml und NGO gemeinsam organisierten Nachfolgekonferenz des Bürgerforums von 2001 aufgetreten war, wurde von vielen NGOs in öffentlichen Erklärungen verurteilt. Damit begaben sie sich aus Kremlsicht auf verbotenes, im russischen Diskurs als „politisch“ bezeichnetes Terrain.

Der Umsturz in Georgien wurde in großen Teilen der russischen Machtelite als Niederlage gegenüber „dem Westen“ und als Misserfolg der russischen Politik aufgefasst. Zudem eine Niederlage, in der eher „weiche“, beim russischen Politikestablishment und seinen Polittechnologien bis dahin eher gering geachtete Kräfte eine große Rolle spielten. Insbesondere die von der Soros-Foundation unterstützte Studentenbewegung „Chmara“ wurde in der innerrussischen Diskussion als ein entscheidendes, „von außen gesteuertes“ Element der georgischen Revolution wahrgenommen. Nichtregierungsorganisationen verwandelten sich in dieser Perzeption von einer ab und an unangenehmen zu einer potentiell gefährlichen, vor allem aber Russland gegenüber „feindlich“ eingestellten Erscheinung.

Die Niederlage der liberalen Parteien Jabloko und SPS (Union der Rechten Kräfte) bei den Dumawahlen am 7. Dezember 2003 führte in der Präsidentenadministration zur Wiederbelebung der internen Diskussionen um eine „liberale“ oder „rechte“ Partei im konsolidierten Parteiensystem der Gelenkten Demokratie. Bei einem Treffen mit Mitgliedern der Kommission für Menschenrechte beim Präsidenten, der führende NGO-Vertreter angehörten, zeigte sich Präsident Putin drei Tage nach der Wahl über die Niederlage beider liberaler Parteien wenig erfreut.

Steuergesetze und Rat für Zivilgesellschaft

Aus all diesen Gründen stieg im Kremlapparat in der ersten Jahreshälfte 2004 das Interesse an den NGOs. Dies führte zu Aktivitäten in zwei Bereichen: Zum einen gab es bereits seit Beginn 2004 Gespräche zwischen Kremlverwaltung und führenden NGO-Vertretern über die Umwandlung der Kommission für Menschenrechte beim Präsidenten (Vorsitzende: Ella Pamfilowa) in einen Rat zur Förderung der Zivilgesellschaft. Den Verhandlungsführern aus der Präsidentenadministration war insbesondere die Einbindung einer Reihe von oppositionellen NGO-Führungspersonen wichtig. Die Gespräche stockten aus unbekanntem Gründen kurz vor der Präsidentenwahl und wurden erst nach Beslan wieder aufgenommen. Die Kommission wurde im Herbst 2004 in den angestrebten Rat umgewandelt, dessen wichtigste Funktion aus Kremlsicht die eines Kommunikationskanals in den zivilgesellschaftlichen Sektor sein soll. Ein Funktion, über die Präsident Putin selbst mehrfach bei Treffen mit NGO-Vertretern gesprochen hatte.

Zum anderen erarbeitete das Finanzministerium eine Änderung der Steuergesetze, die zweckgebundene Zuwendungen betreffen (russisch: „granty“). Zukünftig sollen alle Geberorganisationen, also nicht nur ausländische wie bisher, verpflichtet werden, sich in einer

einheitlichen, von der Regierung zu führenden Liste registrieren zu lassen. Nur für „grants“ von registrierten Organisationen sollen die Empfänger künftig keine Gewinnsteuern von 24 Prozent zahlen. Die steuerbefreiten Zwecke werden in dem Gesetzentwurf, hier einer seit 2001 erhobenen Forderung der NGO folgend, erweitert: Neben der Förderung von Kultur, Kunst, konkreter wissenschaftlicher Forschung, dem Schutz der Umwelt und Bildung sollen künftig auch soziale Hilfe und der Schutz der Menschenrechte förderwürdig sein. Als dritte wesentliche Änderung soll künftig jedes steuerbefreite Projekt von einer Regierungskommission begutachtet und genehmigt werden. Zudem kann diese Genehmigung nur erteilt werden, wenn sich eine regionale oder kommunale Behörde schriftlich verpflichtet, die zweckgemäße Verwendung des „grant“ zu garantieren. Diese beiden Vorschriften sind, so sie Gesetz werden, ein Instrument für unmittelbare politische Kontrolle und eine Einladung zur Korruption, wie das soziologische Forschungsinstitut INDEM im Herbst 2004 in einem Gutachten feststellte. Die beschriebenen Gesetzesänderungen wurden am 5. August 2004 von der Staatsduma in erster Lesung angenommen.

Als Resultat intensiver Verhandlungen leitete Ende des Sommers der Leiter der Präsidentenabteilung Dmitrij Medwedjew der Duma eine von Präsident Putin unterzeichnete Stellungnahme zu, in der der Duma empfohlen wird, den Absatz mit der Erweiterung der förderwürdigen Ziele auch in zweiter und dritter Lesung anzunehmen, die Absätze über die Liste von Geberorganisationen und die Genehmigungskommission dagegen zu streichen. Die zweite Lesung sollte Ende Oktober stattfinden. Doch wohl vor allem im Zusammenhang mit den Ereignissen um die Präsidentenwahlen in der Ukraine wurde die zweite Lesung mehrfach verschoben und hat bis zur Veröffentlichung dieses Artikels noch nicht stattgefunden. Die „orangene Revolution“ in der Ukraine verstärkte Befürchtungen in der Präsidentenadministration, auch russische NGOs könnten zukünftig eine ähnlich entscheidende Rolle spielen, wie die Studentenorganisation „Pora“ in der Ukraine.

Beslan im September 2004

Die Tragödie von Beslan rief im Kreml große Ratlosigkeit hervor. Putins erste Ansprache am 4. September, dem Tag nach dem blutigen Ende der Geiselnahme, war in der Analyse wenig stringent und bot sehr widersprüchliche Erklärungen und Handlungsoptionen an. Der russische Präsident paraphrasierte mit seiner These, Russland habe Schwäche gezeigt „und die Schwachen schlägt man!“ (unbewusst?) Stalin, bemerkte aber auch: „Die Ereignisse in anderen Ländern

zeigen: Auf die effektivste Gegenwehr stoßen die Terroristen gerade dort, wo sie es nicht nur mit der Macht des Staates, sondern gleichzeitig mit einer organisierten, solidarischen Zivilgesellschaft zu tun haben.“ Zehn Tage später konkretisierte Putin welche Maßnahmen er zum „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ zu ergreifen gedenke. Die wichtigste war die Abschaffung der Direktwahl der Gouverneure und Republikpräsidenten. Mit der angestrebten Bildung einer „Gesellschaftskammer“ (Obschtschestwennaja Palata) nahm er die alte Idee einer korporativen Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen wieder auf.

Im Laufe des Herbstes wurde ein Gesetzentwurf für die Schaffung einer „Gesellschaftskammer beim Präsidenten der Russischen Föderation“ vorgelegt. Die Aufgabenbeschreibung dieses Organs ist widersprüchlich. So soll es auf der einen Seite den Präsidenten in allen die Zivilgesellschaft betreffenden Fragen beraten. Auf der anderen Seite soll die Kammer staatliches Handeln einer zivilen und gesellschaftlichen Kontrolle unterwerfen. Auch die Art der Auswahl der Mitglieder der Kammer stößt bei vielen NGOs auf Kritik. Es ist vorgesehen, dass das erste Drittel der insgesamt 126 Mitglieder vom Präsidenten selbst ernannt wird, die nächsten 42 Mitglieder werden von der Ersternannten kooptiert. Weitere 42 Personen werden in sieben in den so genannten Föderalbezirken einzuberufenden Konferenzen „gewählt“, ohne dass der Gesetzentwurf Hinweise gibt, wie diese Konferenzen zustande kommen und welche Wahlverfahren zur Anwendung kommen sollen. Damit sind möglichen Manipulationen Tür und Tor geöffnet.

Die Menschenrechtsgesellschaft Memorial hat angesichts dieser Widersprüche Mitte Februar 2005 in einer öffentlichen Stellungnahme erklärt, sich keinesfalls an der Gesellschaftskammer zu beteiligen (siehe Seite 8). Staat und Gesellschaft müssten in einem echten Dialog unabhängige Partner bleiben. „Alle Versuche, diesen Dialog in einem Organ zu konzentrieren, werden lediglich zu einer Imitation dieses Dialogs führen. In einer Kammer, die in das System der staatlichen Macht eingebaut ist, wird der Staat nur mit sich selbst reden.“ Die Diskussion, ob es nicht insbesondere für regionale NGO geradezu notwendig sein kann, sich an der Gesellschaftskammer oder deren zu erwartender, teilweise bereits existierender kleiner, regionaler Schwestern zu beteiligen hält aber weiter an (vgl. die Umfragedaten Seite 7–8).

Repression gegen NGOs?

Ohne Frage sind die Handlungsspielräume für NGOs in Russland in den vergangenen Jahren kleiner geworden, eine Entwicklung, die sich 2004 eher

noch verstärkt hat. Ihre bisherige Hauptfinanzierungsquelle, ausländische Geberorganisationen, sprudelt weit weniger üppig als noch zu Beginn des Jahrzehnts. Das hat einerseits mit der Umorientierung vor allem amerikanischer Stiftungen und Demokratieförderungseinrichtungen in den Nahen und Mittleren Osten und auch nach China zu tun, andererseits aber auch mit der gezielten Politik des Kremls, die den Zugang zu diesen Finanzierungsquellen erschwert. Dazu gehören das Steuerrecht ebenso wie die verstärkte Bildung von GONGOs („Governmental Non-Governmental Organisations“), die zu den bestehenden NGOs in Wettbewerb um Fördergelder treten. Nicht zu vernachlässigen ist auch, dass für die NGOs seit der Niederlage der liberalen Parteien bei der Dumawahl Ende 2003 die Beeinflussung der Gesetzgebung durch Lobbying und alternative Gesetzesinitiativen mittels befreundeter Abgeordneter und Fraktionen ungleich viel schwieriger, wenn auch nicht unmöglich geworden ist. Als politische Handlungsfelder bleiben ein sehr eingeschränkter Mediengriff, direkte Verhandlungen mit der Exekutive und der traditionelle Versuch über westliche

Medien, Politiker und internationale Organisationen, in den Russland Mitglied ist, Einfluss auf die russische Innenpolitik zu nehmen.

Direkte Repressionen treten bisher nur vereinzelt auf und können in den meisten Fällen auf konkrete Interessen einzelner staatlicher (manchmal auch wirtschaftlicher) Akteure zurückgeführt werden. Weit empfindlicher und direkter reagiert der Kreml, wenn sich einzelne NGOs auf tabuisierte Politikfelder begeben. Dazu gehört insbesondere der Krieg in Tschetschenien. Die Überprüfungen der Soldatenmütter durch FSB und Steuerbehörden in den vergangenen Monaten hängen aller Wahrscheinlichkeit nach direkt mit deren Initiative zu Friedensverhandlungen im Tschetschenienkrieg mit Aslan Maschadow zusammen. Zusammengefasst: Es gibt keine systematische Behinderung der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, wohl aber bemüht sich der Staat, rechtliche und politische Instrumentarien zu schaffen, um die Tätigkeit von NGOs jenseits direkter Repression kontrollieren und lenken zu können.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Lesetipps

Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg.): Russland auf dem Weg zum Rechtsstaat?. Antworten aus der Zivilgesellschaft?, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte 2003, 239 S.

A.N. Domrin: Ten Years Later. Society, ‚Civil Society‘ and the Russian State, in: Russian Review, 2003, Nr. 2, S. 93–211.

G.E. Hudson: Civil Society in Russia. Models and Prospects for Development, in: Russian Review, 2003, Nr. 2, S. 212–222.

E. Fein: Zivilgesellschaftlicher Paradigmenwechsel oder PR-Aktion?. Zum ersten allrussischen „Bürgerforum“ im Kreml, in: Osteuropa, 52.2002, Nr. 2, S. 158–179.

Vgl. auch die Webseiten: www.boell.ru / www.demokratie-in-russland.de

Websites russischer NGOs:

www.memo.ru - Memorial

www.hro.org - Website „Menschenrechte in Russland“

www.civitas.ru - Narodnaja Assambleja

www.seu.ru - Sozial-Ökologische Union

www.antiatom.ru - Ecodefense

www.baikalwave.eu.org - Ökologische Baikälwelle

www.mhg.ru - Moskauer Helsinki Gruppe

www.prpc.ru - Permer Regionales Menschenrechtszentrum

home.novoch.ru/~donwomen - Union „Frauen des Don“, Nowotscherkassk

www.wplus.net/pp/citwatch - Bürgerkontrolle, St. Petersburg

www.owl.ru - Open Women Line, gemeinsamer Server von Frauenorganisationen

www.migrant.ru - Forum der Umsiedlerorganisationen

ags.demokratia.ru - Koalition „Für einen demokratischen Zivildienst“

www.gdf.ru - Stiftung zur Verteidigung von Glasnost

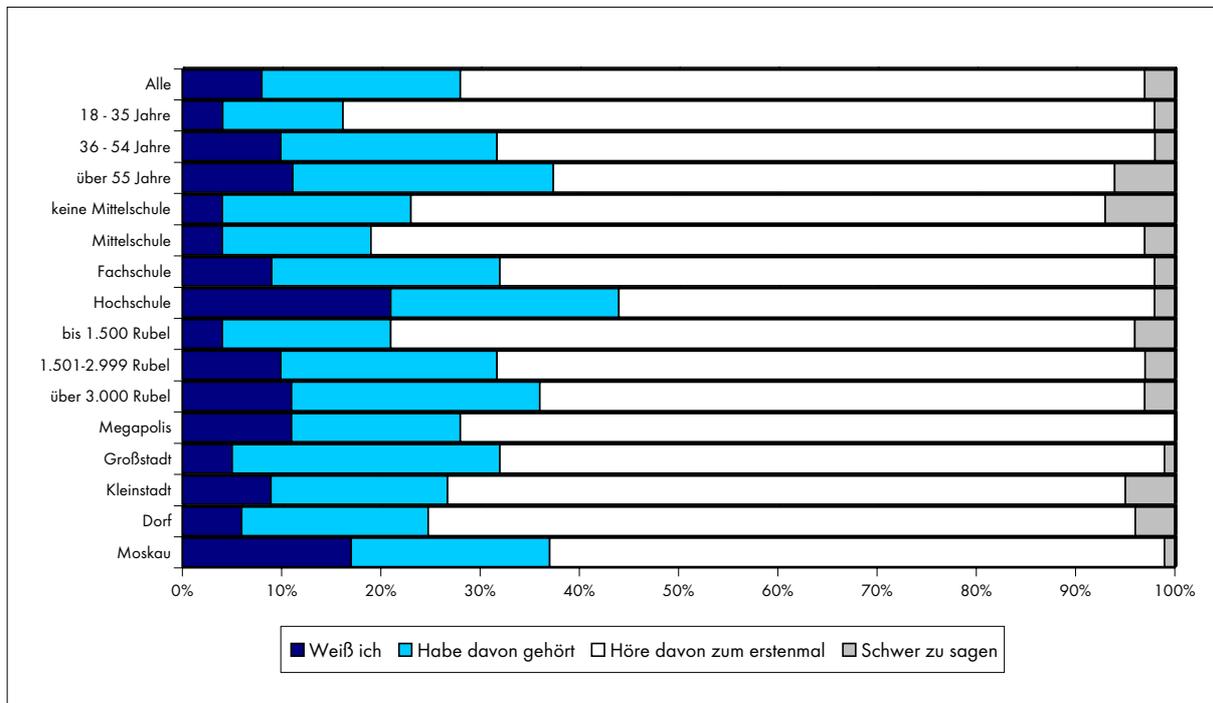
www.cjes.ru - Zentrum für Journalismus in Extremsituationen

www.ucsmr.ru - Union der Komitees der Soldatenmütter Russlands

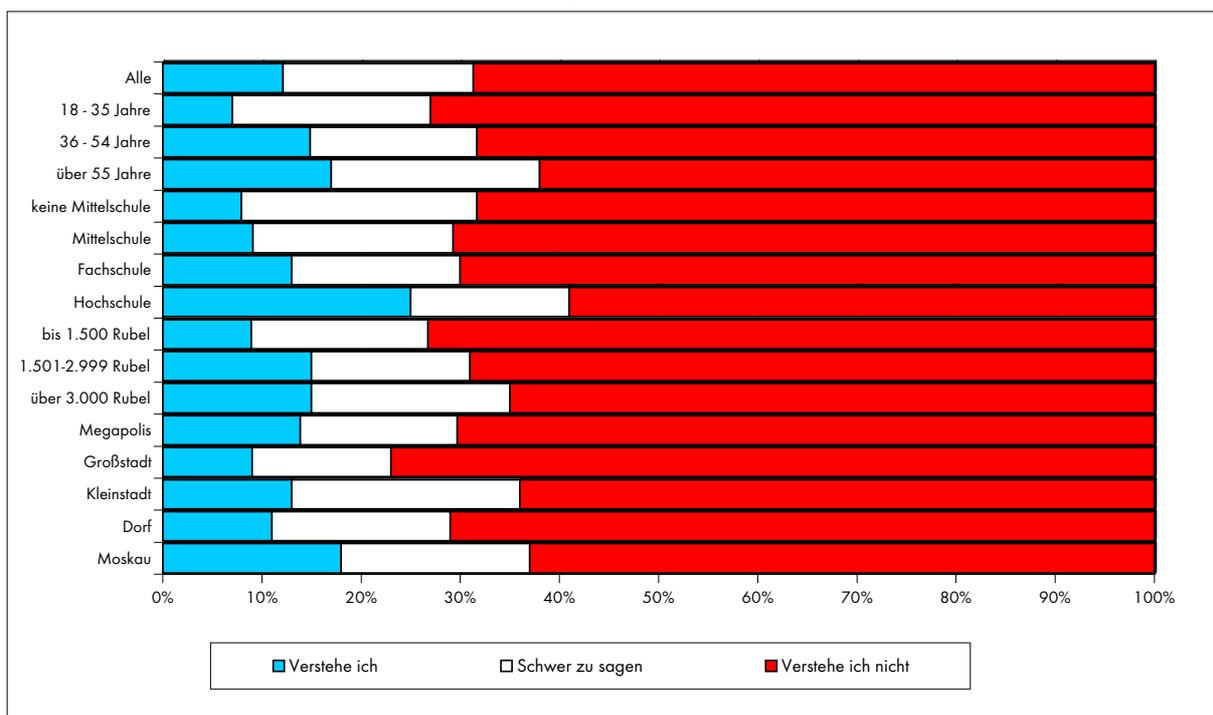
Grafiken zum Text

Unbekannt und unverstanden - die Putinsche "Gesellschaftskammer"

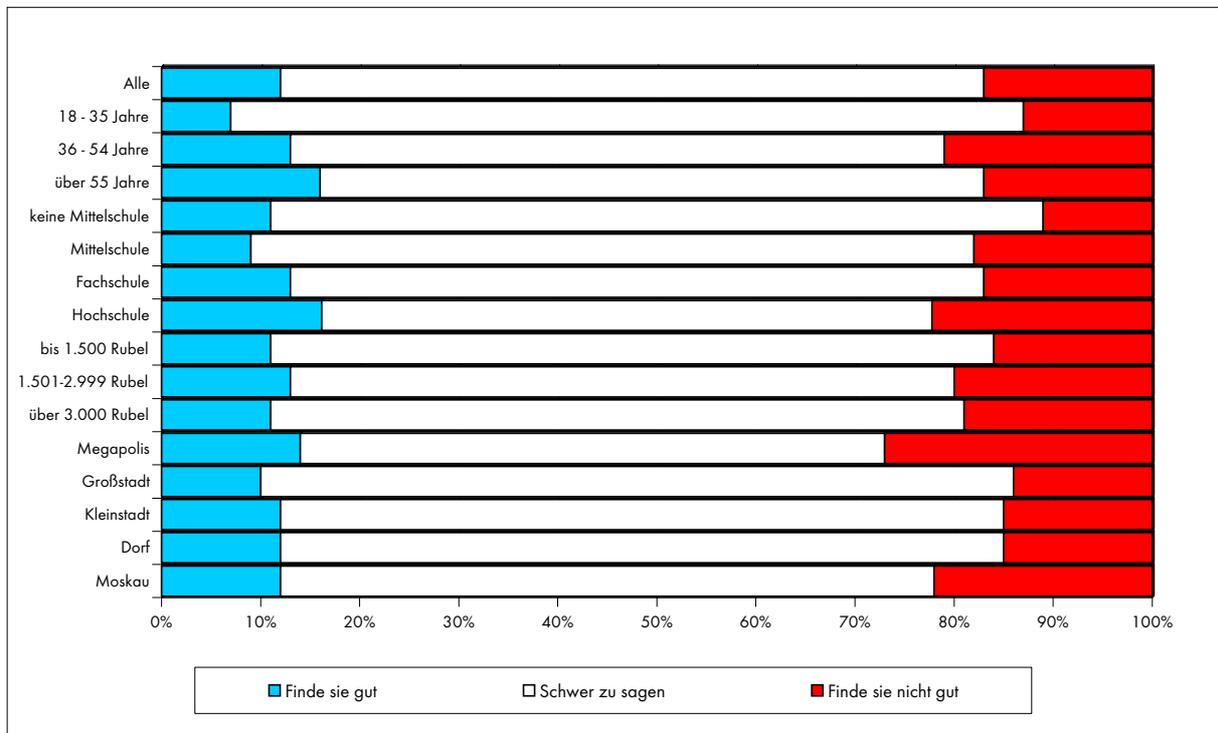
Haben Sie gehört, dass die Duma einen Gesetzentwurf über die Schaffung einer "Gesellschaftskammer" verhandelt?



Verstehen Sie, wozu die "Gesellschaftskammer" gebildet wird und womit sie sich befassen wird?



Finden Sie die Idee einer „Gesellschaftskammer“ gut oder nicht gut?



Quelle: Umfrage der „Stiftung Öffentliche Meinung“, 26.–27. Februar 2005 <http://bd.fom.ru/zip/tb0509.zip>

Dokumentation

MEMORIAL:

Erklärung zur geplanten „Gesellschaftskammer der Russischen Föderation“

Die Gesellschaft Memorial ist eine grundsätzliche und konsequente Anhängerin der Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft einerseits und dem Staat sowohl im Ganzen als auch seiner unterschiedlichen Strukturen und Behörden im Einzelnen. Die Gesellschaft Memorial ist unverändert zur Fortsetzung des Dialogs des zivilgesellschaftlichen Sektors mit dem Staat bereit, solange es sich um einen gleichberechtigten und ehrlichen Dialog von zwei voneinander unabhängigen Partnern handelt.

Die „Gesellschaftskammer der Russischen Föderation“, die gegenwärtig geschaffen wird, ist unserer Meinung nach weder von den für sie formulierten Zielen und Aufgaben her noch davon, wie ihre Mitglieder ausgewählt werden oder wie stark sie in staatliche Strukturen integriert ist, eine geeignete Plattform für solch einen Dialog. Mehr noch sind wir der Meinung, dass die „Gesellschaftskammer“ in der Form, in der sie in dem gegenwärtig in der Staatsduma behandelten Gesetzentwurf beschrieben wird, in der Lage ist, Positives zu bewirken, sondern eher dem notwendigen nationalen Dialog Schaden zufügen wird.

Wir bestreiten nicht das Recht der Staatsmacht, beliebige Beratungs- und Expertenstrukturen aufzubauen, die natürlich auch aus Vertretern der Zivilgesellschaft bestehen können. Wir halten solche Strukturen sogar für nützlich. Vertreter von Memorial arbeiten in vielen solcher Strukturen auf regionaler oder Bundesebene mit und arbeiten dort, so hoffen wir, zum gemeinsamen Wohl.

Die im Gesetzentwurf genannten Ziele der „Gesellschaftskammer“ gehen aber weit über die Grenzen von beratenden und Expertenaufgaben hinaus. Allumfassend und unkonkret wie sie sind, stimmen diese Ziele kaum oder gar nicht mit den politischen Realitäten der vergangenen Jahre überein. Das bringt uns zu der Überzeugung, dass die Kammer die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Lenkung des Landes nur imitieren soll und wohl das nächste Instrument zur Manipulation des öffentlichen Bewusstseins werden wird.

Unsere Zweifel werden noch größer, wenn wir uns anschauen, wie die Kammer gebildet werden soll.

Zwei Drittel dieses, wie wir es uns vorstellen, gesellschaftlichen Gebildes werden direkt oder indirekt durch den Präsidenten ausgewählt. Dieses Auswahlprinzip gilt natürlicherweise für beratende Organe beim Präsidenten, aber nicht für ein Organ, das, wie im Gesetzesentwurf beschrieben, dabei helfen soll, eine gesellschaftliche Kontrolle der Tätigkeit staatlicher Strukturen, darunter auch Bundesbehörden, auszuüben.

Noch größeren Widerspruch ruft der Mechanismus zur Berufung des letzten Drittels der Mitglieder der Kammer hervor. Auf den ersten Blick wirkt er demokratischer, denn die Kandidaten müssen sich Konferenzen stellen, die in den sieben föderalen Bezirken einberufen werden. Unser Widerspruch entzündet sich aber nicht einmal daran, dass sich im Gesetzesentwurf keine Regelungen finden, nach denen diese Konferenzen einberufen werden und sich so den regionalen Staatsstrukturen viele Möglichkeiten zur Manipulation der Nichtregierungsorganisationen bieten. Etwas anderes ist viel wichtiger: Für die Zivilgesellschaft ist die Idee selbst unannehmbar, solche Konferenzen durchzuführen, auf denen Künstlervereinigungen und Menschenrechtsorganisationen, Verbraucherschutzverbände und Industrievereinigungen, Arbeitgebervereinigungen und Gewerkschaften, Kosaken und Angler gemeinsam und dauerhaft ihre Vertreter in irgendein höheres Gremium entsenden, das ihre Interessen dem Staat gegenüber vertreten soll. In der Praxis wird dieser Prozess mit großer Wahrscheinlichkeit zur Selektion der gesellschaftlichen Organisationen in „saubere“ und „unsaubere“, in zum Dialog zugelassene und zu ihm nicht zugelassene führen. Und dabei ist es nicht einmal wichtig, ob diese Selektion durch den Staat oder durch die Nichtregierungsorganisationen selbst durchgeführt wird. Beides ist für die Zivilgesellschaft gleich zerstörerisch.

Die Kammer selbst, so sie auf diese Weise gebildet wird, wird vom Staat und einem Teil der Gesellschaft zweifellos als „gesetzmäßige Vertretung“ der gesamten Zivilgesellschaft wahrgenommen werden. Die Zivilgesellschaft ist aber, im Gegensatz zum Staat, von Natur aus nicht hierarchisch und jeder Versuch sie zu hierarchisieren ist kontraproduktiv. Die Zivilgesellschaft ist ein prinzipiell horizontales und offenes System. Sie hat keine „Vertretung“ und kann keine haben. Sobald in ihr eine „Vertikale“ erscheint, hört sie auf sie selbst zu sein und verwandelt sich in eine bürokratisierte Korporation, die leicht durch die Exekutive gelenkt werden kann.

Die Zivilgesellschaft und der Staat müssen unabhängige Partner im nationalen Dialog sein. Alle Versuche, diesen Dialog in einem Organ zu konzentrieren werden lediglich zur Imitation dieses Dialogs führen. In einer Kammer, die in das System der staatlichen Macht eingebaut ist, wird der Staat nur mit sich selbst reden.

Ein anderer Weg wäre produktiver: Der Weg, Bedingungen zu schaffen, unter denen vielfältige und unabhängige Zellen der Zivilgesellschaft zum Wohl der Bürger Russlands und des Landes insgesamt nützliche Arbeit tun können.

Nichts hindert Staat und Gesellschaft daran, die bereits existierenden Kanäle des Zusammenwirkens zu nutzen und die gemeinsame Arbeit anhand vielzähliger Vorschläge gesellschaftlicher Organisationen zur Lösung konkreter und ernsthafter Probleme weiter zu entwickeln. Dabei geht es um das Recht der Bürger, sich an die Staatsorgane zu wenden, um die öffentliche Kontrolle von Gefängnissen, Straflagern und geschlossenen Anstalten, um eine wirksame gesellschaftliche Kontrolle der Einhaltung der Rechte von Soldaten, um eine unabhängige ökologische Expertise, um die Stimulierung von gemeinnützigem Handeln und vielem anderen mehr.

Dazu muss kein neuer bürokratischer Überbau über den Nichtregierungsorganisationen geschaffen werden.

Im Zusammenhang mit dem oben Dargelegten ist für Memorial eine Beteiligung an der „Gesellschaftskammer der RF“ nicht möglich.

Wir wenden uns auch an die Kollegen aus anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Hoffnung, dass sie unsere Argumente bei ihrer Entscheidung über eine Beteiligung an der Gesellschaftskammer zu Kenntnis nehmen.

*Vorstand der Russischen Gesellschaft Memorial
18. Februar 2005
Übersetzung: Jens Siegert*

Dokumentation

Neonazistische Szene in Petersburg - gewaltsame Übergriffe auf Nichtregierungsorganisation MEMORIAL

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde von Memorial!

In Petersburg häufen sich gewaltsame Übergriffe auf Mitarbeiter und Einrichtungen der Nichtregierungsorganisation MEMORIAL. Von Untersuchungsbehörden wird zumeist „Rowdytum“ als Tatmotiv angegeben, die Täter selbst nur selten gefunden bzw. rechtskräftig verurteilt. Dass die eigentlichen Hintergründe dieser Gewaltakte jedoch politischer Natur sind und die Täter der neonazistischen Szene entstammen, wird jedoch allzu häufig verschwiegen.

Der jüngste Überfall fand auf das Wissenschaftliche Informationszentrum MEMORIAL in St. Petersburg (uliza Rubinstejna, 23) in der Nacht auf den 19.02.2005 statt: 3 Unbekannte geben sich als Kollegen von MEMORIAL Moskau aus und schlagen nach Öffnen der Tür den Mitarbeiter Emmanuil Lazarewitsch Poljakow brutal zusammen. Der 59-jährige Übersetzer erleidet eine Gehirnerschütterung und liegt seitdem mit Kiefer- und Knochenbrüchen im Krankenhaus. Ob er aufgrund starker Augenverletzungen seine volle Sehfähigkeit wieder zurück erhält, wird von einer dringend notwendigen Operation abhängen.

Über die Herkunft der Täter kann noch keine genaue Aussage getroffen werden. Das Büro wurde nicht ziellos verwüstet, vielmehr gezielt durchsucht und ausgeraubt: aus einer großen Anzahl von Ordnern wurden zwei mit der Aufschrift „Neonazismus“ und „Chodorkowskij“ durchwühlt. Entwendet wurden keine Computer, kein Geld, sondern transportable Geräte wie ein Multimedia-Projektor, Kopierer, Kommunikationstechnik etc. Die Polizei geht – wie bereits bei früheren Überfällen - von „Rowdytum“ als Tatmotiv aus. Gerade aber die Wiederholung derartiger Überfälle lassen politische Gründe für diese Gewalttaten immer realistischer erscheinen, zumal MEMORIAL St. Petersburg seit Jahren Projekte zu Antirassismus und Neonazismus durchführt sowie mit öffentlichen Aktionen und Publikationen für eine politische Lösung des Tschetschenienkonfliktes eintritt:

14.08.2003:

2 Männer überfallen das Büro von MEMORIAL St. Petersburg (uliza Rasjeshaja, 9) und fesseln die anwesenden Mitarbeiter – darunter den Geschäftsführer Wladimir Schnitke. Entwendet werden weder Geld noch Wertgegenstände, sondern ausschließlich Computer mit entsprechenden Daten. Die polizeilichen Untersuchungen verlaufen erfolglos, als Tatmotiv wird „Rowdytum“ angegeben. Nur durch Hilfe einer privat engagierten Detektei wird einer der Täter ausfindig gemacht: Vladimir Goljakov, der sich als Führer einer heidnisch-nazistischen Sekte ausgibt. Goljakov wird am 18.06.2004 zu 5 Jahren Haft verurteilt. Einen Tag später ereignet sich die Ermordung des Wissenschaftlers und MEMORIAL-Mitglieds Nikolaj Girenko.

19.06.2004:

Nikolaj Girenko – Wissenschaftler des St. Petersburger Museums für Ethnografie und Anthropologie und langjähriges Mitglied von MEMORIAL – wird durch seine Wohnungstür hindurch erschossen. Girenko hatte vor Jahren bereits eine Methode entwickelt, mit der ethnisch motivierte Gewalttaten von „gewöhnlichen“ Delikten unterschieden werden können. Rassistische Gewalttaten wurden bis dahin aufgrund fehlender wissenschaftlicher Kriterien zumeist nur als „Rowdytum“ eingestuft. Girenko hat ferner zahlreiche Gutachten über neonazistische Gruppierungen erstellt, die bei der Verurteilung von Tätern aus der rechten Szene von Bedeutung waren. Die Staatsanwaltschaft wollte auch in diesem Mordfall „Rowdytum“ als Tatmotiv nicht ausschließen, bis kurz nach dem Mord eine Gruppe namens „Russische Republik“ ein so genanntes Todesurteil gegen Girenko veröffentlichte, der als „Feind des russischen Volkes“ verurteilt worden sei. Girenko, so der Vorwurf, habe dabei geholfen, „russische Patrioten“ zu inhaftieren.

11.12.2004:

Vor seiner Wohnungstür wird Wladimir Schnitke, Geschäftsführer von MEMORIAL St. Petersburg, von hinten auf den Kopf geschlagen und bricht bewusstlos zusammen (bereits vor 1 ½ Jahren wurde er im MEMORIAL-Büro überfallen). Aus seiner Tasche werden Computer und Notizbuch entwendet, Geld und Mobiltelefon hingegen werden nicht geraubt. Schnitke wird mit schwerer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus eingeliefert.

MEMORIAL Deutschland bewertet mit großer Besorgnis die zunehmenden Angriffe auf seine Partnerorganisationen in Russland, die sich für die Wahrung von Menschenrechten in aktuellen Krisenzonen, den Schutz von Minderheiten innerhalb der russischen Gesellschaft und die Aufarbeitung totalitärer Vergangenheit einsetzen.

Kurz nach dem jüngsten Überfall auf das Wissenschaftliche Informationszentrum MEMORIAL besuchten wir unsere Petersburger Kollegen. Sie bewerten die Überfälle als massive Bedrohung und Versuch der Einschüchterung. Ihre Arbeit an den unterschiedlichen Projekten von MEMORIAL werden sie trotzdem fortsetzen. Mit großer Besorgnis sprechen sie von Ihrem Kollegen Emmanuil Poljakow, dem 59-jährigen Übersetzer, der nun mit schweren Verletzungen im Krankenhaus liegt. Eine Augenoperation ist dringend notwendig, um eine Erblindung zu verhindern. Für eine solche Operation einschließlich einer möglicherweise langen Nachversorgung werden entsprechende finanzielle Mittel benötigt, die momentan weder das Opfer selbst noch das Wissenschaftliche Informationszentrum von MEMORIAL besitzen. Wir bitten Sie dringend darum, mit einer Spende dazu beizutragen, diese notwendige medizinische Behandlung zu ermöglichen:

MEMORIAL Deutschland e.V.

Bank für Sozialwirtschaft Berlin

BLZ: 100 205 00

Konto-Nr.: 33200 00

Stichwort: Emmanuil Poljakow

Bitte berichten Sie auch in Ihrem Umkreis von diesen Vorfällen. Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung!

Sebastian Prieß, für den Vorstand Memorial Deutschland e.V. (Berlin)

Anna Schor-Tchoudnovskaia, Memorial Deutschland e.V. (Frankfurt a.M.)

MEMORIAL Deutschland e.V. / Mitglied des Internationalen MEMORIAL (Sitz Moskau) / Greifswalder Straße 4 / 10405 Berlin /

Tel./Fax: ++49-(0)30-83229414 / info@memorial.de / www.memorial.de / www.memo.ru

Aktuell

Aslan Maschadow (1951–2005)

Hans-Henning Schröder

Am Dienstag, den 8. März 2005 wurde Aslan Maschadow, der letzte international anerkannte Präsident der Republik Tschetschenien, bei dem Dorf Tolstoj-Jurt, wenige Kilometer nördlich von Grosny, bei einer Spezialoperation von Sondertruppen des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB getötet.

Aslan Alijewitsch Maschadow wurde am 21. September 1951 in der Siedlung Schakaj im Gebiet Karaganda (Kasachstan) in einer tschetschenischen Familie geboren, die 1944 von der Stalinschen Führung im Rahmen der gewaltsamen Umsiedlung der gesamten tschetschenischen Bevölkerung nach Zentralasien deportiert worden war. 1957 nach Beginn der Chruschtschowschen Entstalinisierung konnte die Familie wieder in ihren Heimatort Sebir-Jurt in der neu gegründeten Tschetschenisch-Inguschischen Autonomen Sowjetrepublik zurückkehren. Aslan Maschadow besuchte dort die Schule und trat dann in die sowjetischen Streitkräfte ein. Er schloss 1972 die Artilleriehochschule in Tbilisi ab und war dann im Wehrbezirk Fernost stationiert. Dort durchlief er die üblichen Stationen eines Artillerie-

rieoffiziers vom Führer einer Geschützstaffel bis zum Stabschef einer Artillerieabteilung. 1981 absolvierte er die Leningrader Artillerieakademie und wurde danach in die Südliche Gruppe der Truppen (Ungarn) versetzt. Dort führte er zunächst eine Artillerieabteilung, dann ein Artillerieregiment. 1986 wurde er nach Wilna in den Baltischen Wehrbezirk versetzt und übernahm dort das Kommando über das 379. Artillerieregiment der 107. Motschützendivision. In diesem Verband wurde er Divisionsartillerieführer, Parteisekretär und Vorsitzender der Offiziersversammlung.

Im Jahre 1992 – nach Auflösung der Sowjetunion – verließ Maschadow die Streitkräfte im Range eines Obersten, ging nach Tschetschenien zurück und trat in den Stab der Truppen des tschetschenischen

Präsidenten Dschochar Dudajew ein. 1993–94 – während der bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Antidudajew-Opposition – war er Chef des Stabes. Nach dem Einmarsch der russischen Truppen im Dezember 1994 plante und leitete Maschadow in dieser Funktion alle wesentlichen militärischen Operationen des tschetschenischen Widerstandes. Seit 1995 wurde er von der russischen Staatsanwaltschaft mit Haftbefehl gesucht. Indes war er 1995–1996 an den Friedensgesprächen mit der russischen Seite beteiligt und unterzeichnete im August 1996 gemeinsam mit General Alexander Lebed, damals Sekretär des russischen nationalen Sicherheitsrates, das Abkommen von Chasawjurt, das den ersten Tschetschenienkrieg (1994–1996) beendete.

Am 17. Oktober 1996 wurde Maschadow tschetschenischer Ministerpräsident und Chef einer Koalitionsregierung. Mit dem russischen Ministerpräsidenten Tschernomyrdin verständigte er sich über Grundsätze, mit denen die Beziehungen zwischen dem föderalen Zentrum und der tschetschenischen Republik geregelt werden konnten. Am 27. Januar 1997 wurde Maschadow in einer Wahl, die von der OSZE beobachtet und als „free and fair“ bezeichnet wurde, mit 59,3% der Stimmen zum Präsidenten der Republik Itschkeria (Tschetschenien) gewählt. Es gelang ihm jedoch nicht, die konkurrierenden *war lords* unter Kontrolle zu bekommen und Übergriffe einzelner Gruppen auf russisches Gebiet zu verhindern. Als russische Truppen Anfang Oktober 1999 in Tschetschenien einmarschierten, setzte sich Maschadow zur Wehr und führte nach der Eroberung Grosnys durch die Russen über fünf Jahre hinweg aus dem Untergrund einen hartnäckigen Widerstandskampf. Seit dem März 2002 wurde er mit Haftbefehl gesucht. Nach der Geisellaffäre von Beslan setzte die russische Führung einen Preis von 10 Mio. US-Dollar auf seinen Kopf aus. Die Suche nach ihm wurde intensiviert. Moskautreue tschetschenische Gruppen entführten eine Reihe seiner Verwandten und nahmen sie in Gewahrsam, eine Aktion, mit der sich Anfang 2004 die russische Staatsanwaltschaft beschäftigte.

Maschadow selbst hat sich immer wieder von Terrorakten distanziert und der russischen Seite das Gespräch angeboten. Zuletzt hatte er für die Zeit von 1. bis zum 22. Februar einen einseitigen Waffenstillstand erklärt und auf eine politische Verständigung gedrängt. Sein Vertreter Achmed Sakajew traf sich am

25. Februar 2005 mit Vertreterinnen des russischen „Komitees der Soldatenmütter“ und unterzeichnete mit ihnen ein Memorandum über einen Friedensplan. Zugleich lehnte Maschadow aber eine Initiative der Parlamentarischen Versammlung des Europarats ab, die ihn zu einem Gespräch am runden Tisch mit Vertretern der russischen und der russlandtreuen tschetschenischen Führung eingeladen hatte. Wohl in Erinnerung an seine Verhandlungen mit Alexander Lebed im Jahre 1996 forderte er er noch vor wenigen Tagen Präsident Putin zu einem persönlichen Treffen auf: „Wir denken, dass dreißig Minuten ehrlichen Gesprächs von Mann zu Mann ausreichen, um diesen Krieg zu beenden.“

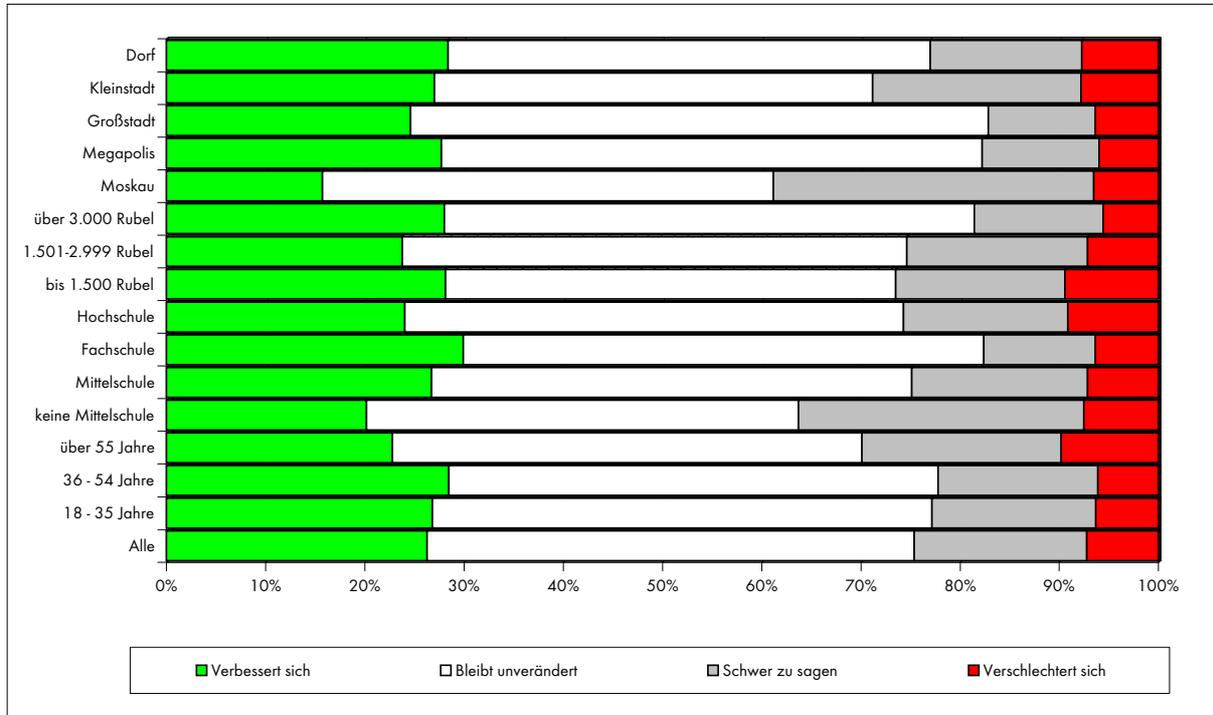
Maschadow war Träger der Orden „Für den Dienst am Vaterland in den Streitkräften der UdSSR“ in der zweiten und dritten Klasse. Er war verheiratet und hatte eine Tochter und einen Sohn.

Aslan Maschadow galt als begabter militärischer Führer, der aber stets eine politische Lösung des Tschetschenien-Konflikts anstrebte. Als Problem wurde jedoch gesehen, dass er nur für einen Teil des tschetschenischen Widerstands sprechen konnte. Auf die Führer anderer Guerillagruppen wie Schamil Basajew oder Doku Umarow hatte er nur begrenzt Einfluss. Bereits vor 1999 war es Maschadow nicht gelungen, die Aktivitäten radikaler Gruppen in Tschetschenien einzudämmen, die militärische Ausbildungslager unterhielten, und Übergriffe auf Nachbarregionen verübten. Nach der Besetzung Tschetscheniens durch russische Truppen und einem über Jahre anhaltenden Guerillakrieg konnte Maschadow kaum noch als Vertreter des gesamten tschetschenischen Widerstandes gelten. Trotzdem hat er in den letzten Monaten offensiv versucht, einen Gesprächsprozess in Gang zu bringen und damit auch die Putinsche Führung für eine politische Lösung zu gewinnen. Die russische Seite hat Verhandlungen bis heute jedoch konsequent verweigert. Mit dem Tode Maschadows ist einer der wenigen möglichen Gesprächspartner fortgefallen. Radikale Guerillaführer wie Schamil Basajew sind in dieser Rolle nicht akzeptabel, andere gemäßigte Sprecher aus dem Widerstand dürften noch weniger als Maschadow in der Lage sein, die konkurrierenden Kräfte des Widerstands an einen Tisch zu bekommen. Die Tötung Maschadows hat die ohnehin dürftigen Chancen für politische Gespräche noch weiter verringert.

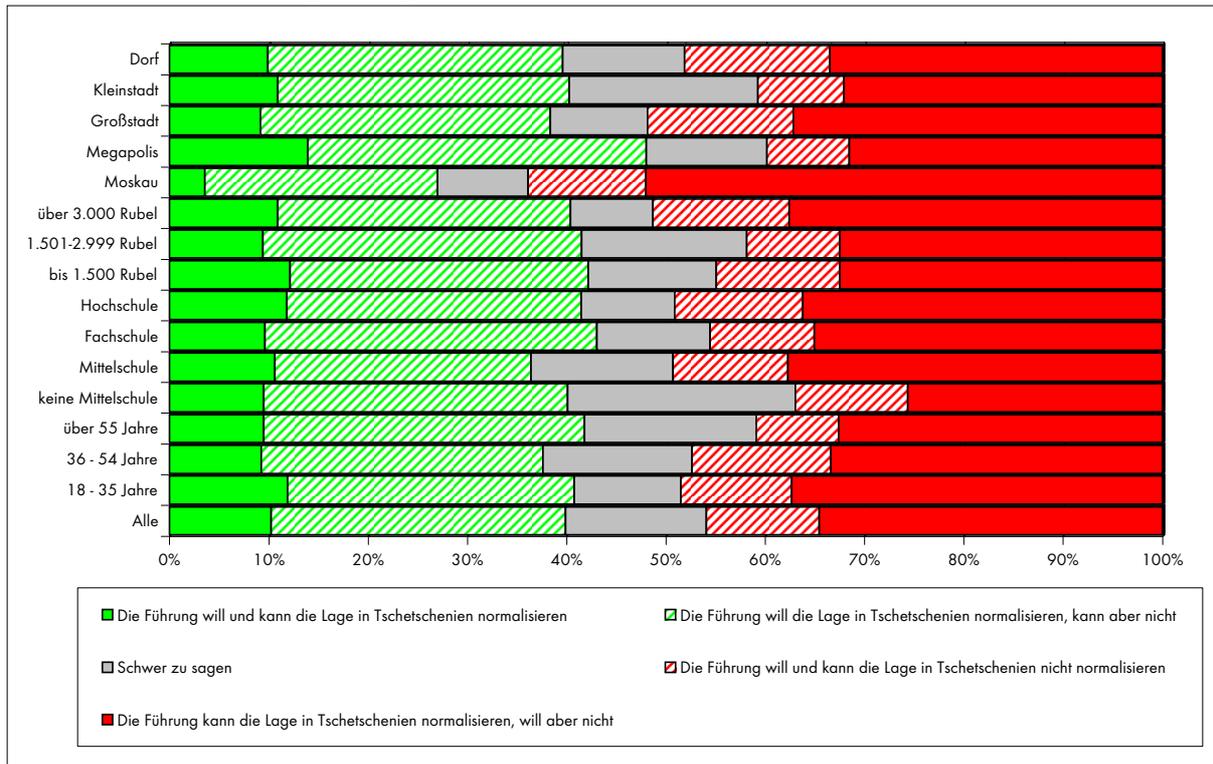
Umfrage

Maschadow und die Lage in Tschetschenien

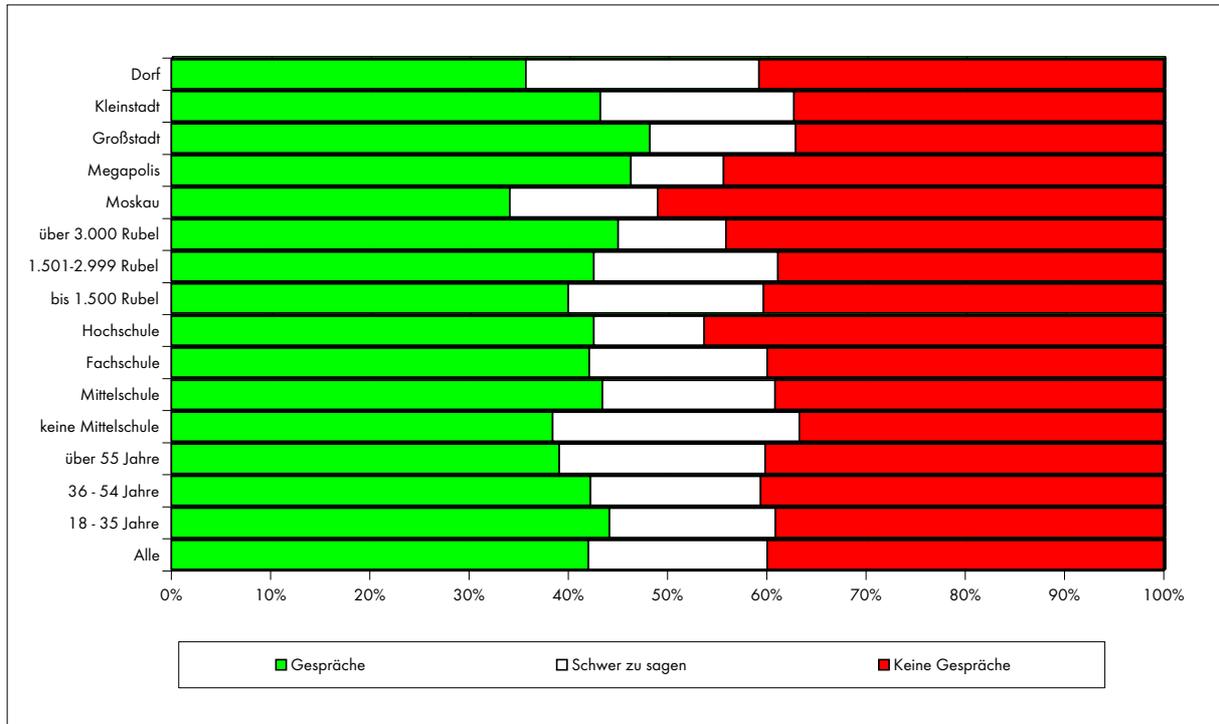
Was glauben Sie, verbessert sich die Lage in Tschetschenien in letzter Zeit, verschlechtert sie sich oder bleibt sie unverändert?



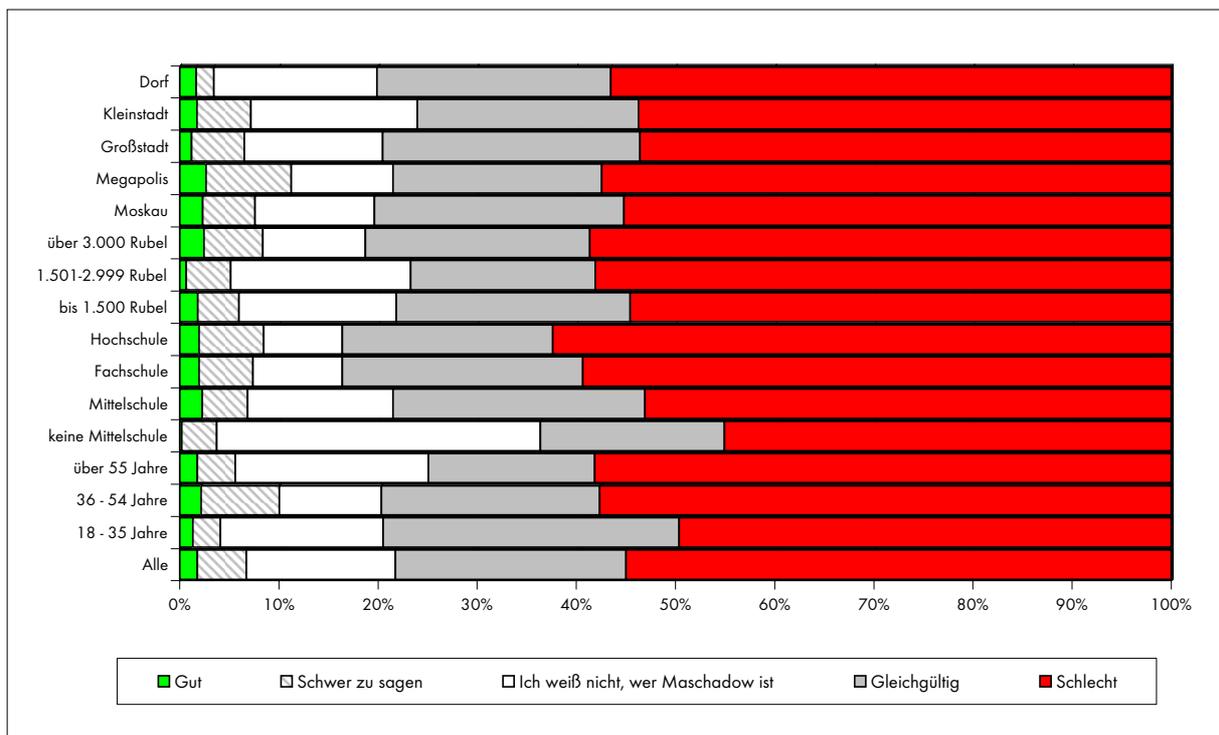
Will die russische Führung die Lage in Tschetschenien normalisieren und kann sie das auch?



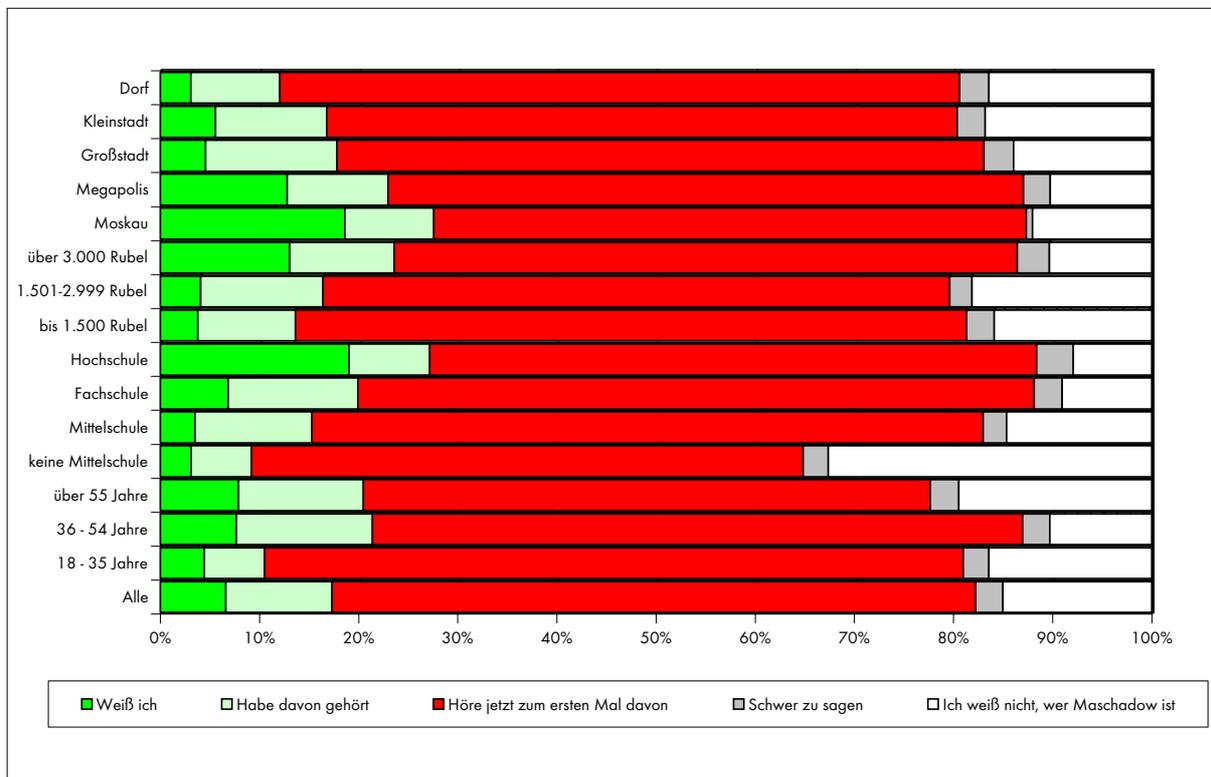
Was meinen Sie, muss die russische Führung in Tschetschenien mit Vertretern der anderen Seite Gespräche führen?



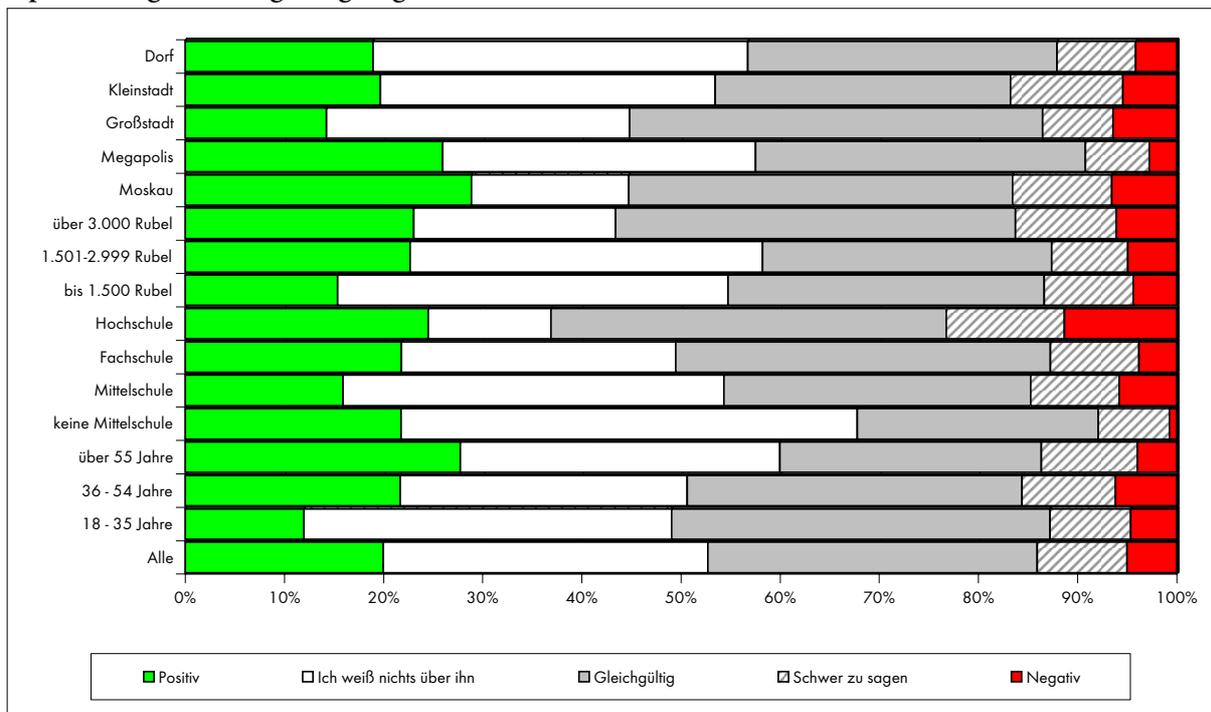
Wie ist Ihre Einstellung zu Aslan Maschadow – gut, schlecht oder gleichgültig?



Wissen Sie, dass Aslan Maschadow für den Februar 2005 eine einseitige Einstellung der Kampfhandlungen in Tschetschenien erklärt hat?



Wie ist Ihre Einstellung zum Vizeministerpräsidenten der tschetschenischen Regierung, Ramsan Kadyrow – positiv, negativ oder gleichgültig?



Quelle: Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) 19.–20. Februar 2005 <http://bd.fom.ru/zip/tb0508.zip>

Statistik

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Jahres 2004

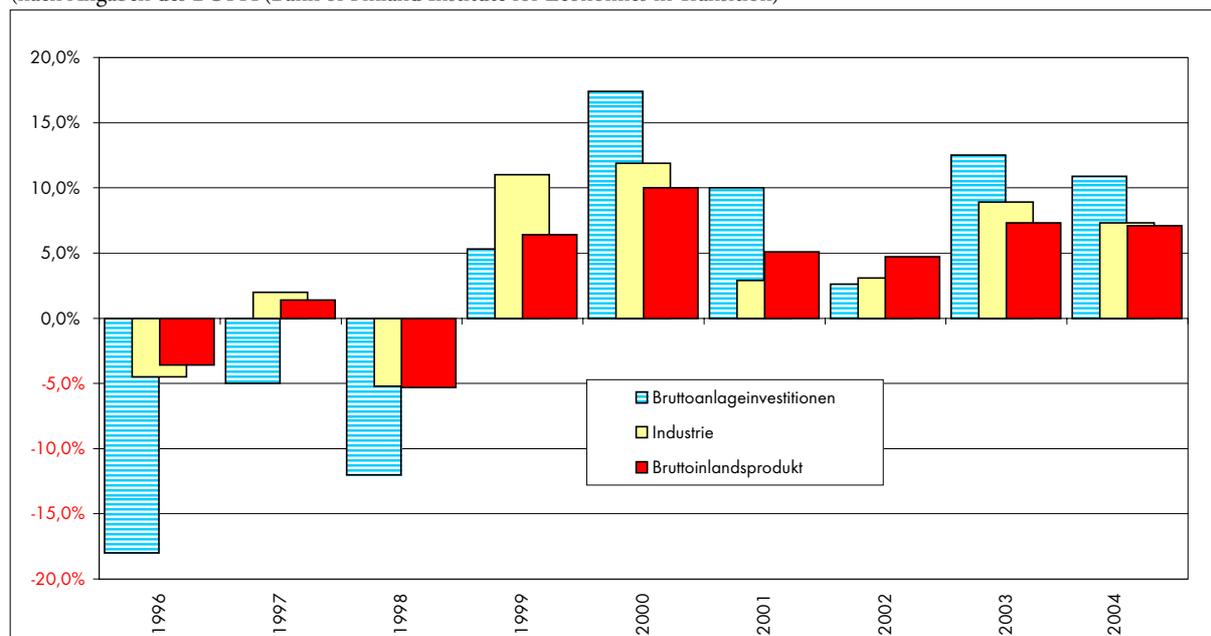
(nach Angaben des Föderalen Staatlichen Statistikdienstes)

	2004	2004 in % zu 2003	2003 in % zu 2002	2002 in % zu 2001
Bruttoinlandsprodukt, Mrd. Rbl	12.164,4	107,0%	107,2%	104,0%
Industrieproduktion, Mrd. Rbl	11.209,0	106,1%	107,0%	103,7%
Investitionen ins Fixkapital, Mrd. Rbl. (Schätzung)	2.729,8	110,9%	112,5%	102,6%
Agrarproduktion, Mrd. Rbl	1.366,3	101,6%	101,3%	101,5%
Gütertransport, Mrd. t-km	4.546,7	106,2%	107,7%	105,9%
davon: Bahntransport	1.801,6	108,0%	110,5%	105,3%
Einzelhandelsumsatz, Mrd. Rbl	5565,5	112,1%	108,4%	109,2%
Außenhandelsumschlag, Mrd. US\$	248,2	130,9%	125,8%	106,4%
<i>davon:</i>				
Export	163,6	134,2%	126,7%	102,8%
Import	84,5	125,0%	124,2%	113,4%
Real verfügbares Einkommen		107,8%	114,9%	109,9%
Monatseinkommen pro Arbeitnehmer				
nominal, Rbl.	6.828,0	122,9%	126,1%	134,6%
real, Rbl.		110,8%	110,9%	116,2%
Arbeitslose, Mio.	6,0	96,4%	106,7%	89,5%
davon offiziell registriert, Mio	1,7	106,4%	116,5%	117,3%
Verbraucherpreisindex		110,9%	113,7%	
Index der Industriepreise		123,8%	115,0%	

Quelle: http://www.gks.ru/bgd/free/b04_00/lswPrx.dll/Stg/d120/i120000r.htm; <http://www.gks.ru/scripts/free/1c.exe?XXXX00F.1.1.1/120000R>

Wirtschaftsentwicklung in Russland 1996–2004 (jeweils in % zum Vorjahr)

(nach Angaben des BOFIT (Bank of Finland Institute for Economics in Transition))



Quelle: <http://www.bofit.fi/bofit/fin/4ruec/index.stm>, 10.3.2005

Chronik

Vom 3. bis zum 10. März 2005

3.3.2005	Die Gesetzgebende Versammlung des Autonomen Bezirks der Ewenken bestätigt den amtierenden Gouverneur Boris Solotarew im Amt, der von Putin vorgeschlagen worden war. Solotarew, dessen Amtszeit eigentlich erst im April 2006 zu Ende gegangen wäre, hatte Putin gebeten, ihn vorzeitig zur Neuwahl vorzuschlagen.
3.3.2005	Präsident Putin deklassifiziert per Dekret die Informationen über Produktion und Reservehaltung von Platin und Edelsteinen. Damit ist für die Förderunternehmen der Weg auf westliche Aktienmärkte frei.
3.3.2005	Der Stellvertretende Wirtschafts- und Handelsminister Andrej Scharonow teilt mit, dass der Zusammenschluss von Gazprom und Rosneft, der nach Angaben seines Ministers German Gref und des Gazprom-Vorsitzenden Alexej Miller für Juni geplant ist, das Förderunternehmen Juganskneftegaz nicht einschließen wird. Widerstreitende Informationen aus den beiden Firmen signalisieren einen internen Konflikt über das Verfahren.
3.3.2005	Die 20 Abgeordneten der "Volkspartei" drohen die Fraktionsgemeinschaft mit "Einiges Russland" zu verlassen, nachdem die Führung von "Einiges Russland" wiederholt Initiativen der "Volkspartei" insbesondere in Hinsicht auf die Sozialreformen ignoriert haben.
3.3.2005	Präsident Putin empfängt Berl Lasar, den Oberrabbi von Russland, und spricht sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus aus.
5.3.2005	Die russische Botschaft in Moldawa fragt beim moldawischen Außenministerium an, warum ein Zug mit mehr als 100 russischen Beobachtern für die moldawischen Parlamentswahlen am 6. März an der Grenze aufgehalten worden ist.
5.3.2005	Verteidigungsminister Sergej Iwanow besucht den russischen Marinestützpunkt Sewastopol und erklärt, Russland habe nicht die Absicht, sich von dort zurückzuziehen. Russland hat Sewastopol von der Ukraine gepachtet, der Vertrag läuft bis zum Jahr 2017.
5.3.2005	Das Moskauer Büro der linksradikalen Nationalbolschewistischen Partei wird von 25 jungen Männern mit Baseballschlägern und Metallstangen überfallen und demoliert. Mehrere Mitarbeiter der Partei werden bei dem Überfall verletzt.
6.3.2005	An einer Straßensperre am Südrand der dagestanischen Hauptstadt Machatschkala kommt es zu einem Feuergefecht mit einem Bus, der mit Guerillakämpfern besetzt ist. Ein Polizist wird getötet. Zwei der Guerillakämpfer werden verwundet, drei weitere festgenommen.
7.3.2005	Im Verlauf einer Sonderoperation der Regierungstruppen werden in den Rayons Atschchoj-Martowskij und Sunshenskij 12 Guerillakämpfer festgenommen.
7.3.2005	Der estnische Präsident Arnold Rüütel und sein litauischer Amtskollege Valdas Adamkus erklären, dass sie der russischen Einladung zur Teilnahme an der Siegesfeier am 9. Mai in Moskau nicht folgen werden, da ihre Völker die Jahre der sowjetischen Besetzung nach dem Krieg noch nicht vergessen hätten.
8.3.2005	Aslan Maschadow, der Guerillaführer und letzte frei gewählte Präsident Tschetscheniens, wird in der Nähe des Ortes Tolstoj-Jurt im Laufe eines Gefechts mit Sondereinheiten des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB getötet.
9.3.2005	Putin entlässt den Gouverneur des Autonomen Bezirks der Korjaken, Wladimir Loginow, nachdem in zwei Rayons des Bezirks die Stromversorgung ausgefallen ist. Das ist das erste Mal, dass Präsident Putin von seinem Recht Gebrauch macht, Gouverneure zu entlassen.
9.3.2005	Nach Angaben von Achmed Sakajew, dem tschetschenischen Vertreter in London, wird Abdul-Chalim Sajdullajew, der frühere Vorsitzende des tschetschenischen Scharia-Gerichts, zum Nachfolger Maschadows berufen.
10.3.2005	Der Gouverneur der Republik Altaj, Michail Lapschin, entlässt den Stellvertretenden Ministerpräsidenten der Region, Nikolaj Moskalew, nachdem die Staatsanwaltschaft gegen diesen ein Verfahren eröffnet hat. Moskalew wird vorgeworfen, bei der Vergabe von Wiederaufbauarbeiten nach einem Erdbeben Verfehlungen begangen zu haben.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de